



Puerto Rico 2025

Freistaat Puerto Rico

Im Rahmen der durchgeführten Einwanderungskontrollmaßnahmen prangerten Menschenrechtsorganisationen willkürliche und diskriminierende Inhaftierungen von Angehörigen Schwarzer und armer Bevölkerungsgruppen an. Die Legislative verabschiedete Gesetzesvorlagen, die die Rechte von lesbischen, schwulen, bisexuellen, trans und intergeschlechtlichen (LGBTI+) Menschen verletzen. Zudem wurden Gesetze verabschiedet, die sexuelle und reproduktive Rechte sowie den Zugang zu öffentlichen Informationen einschränken.

Hintergrund

Es kam häufig zu Stromausfällen, darunter auch zu großflächigen Stromausfällen, die den Zugang zu Gesundheitsversorgung und Wasser für Millionen von Menschen beeinträchtigten.

Im November beantragte das US-Justizministerium die Todesstrafe für Edwin Yadiel Flores Tavárez. Obwohl diese auf Landesebene verboten ist, könnte sie in Fällen, die unter die Zuständigkeit des Staates fallen, dennoch verhängt werden.

Rechte von Flüchtlingen und Migrant*innen

Die Umsetzung der Einwanderungspolitik von US-Präsident Donald Trump führte zu einer Zunahme von Razzien und Festnahmen durch Beamte der US-Einwanderungs- und Zollbehörde (*ICE*), die sich auf rassistische Profilerstellung aufgrund von Akzent und äußerem Erscheinungsbild stützten. Bis zum 26. November waren laut Daten, die von der US-Behörde für Heimatschutzermittlungen (*HSI*) in San Juan in den sozialen Medien veröffentlicht wurden, 1.431 Migranten inhaftiert worden. Diese Festnahmen erfolgten teilweise ohne Haftbefehl, und die Abgabe von Verwaltungsdokumenten wie Führerscheinen wurde als Mittel genutzt, um durch Täuschung an Informationen zu gelangen. Die Regierung arbeitete mit US-Bundesbehörden zusammen, indem sie diese Art von Informationen über Personen mit irregulärem Aufenthaltsstatus bereitstellte.

Da es in Puerto Rico keine Einwanderungshaftanstalten gab, wurden die Festgenommenen in provisorische *ICE*-Einrichtungen auf der Insel gebracht und anschließend aus Puerto Rico abtransportiert; dies erschwerte ihnen die Kommunikation mit lokalen Rechtsbeiständen und schränkte ihren Zugang zu angemessener rechtlicher Vertretung ein.

Ein auf Antrag der *American Civil Liberties Union (ACLU)* im Repräsentantenhaus eingebrachter Gesetzentwurf, der darauf abzielt, sichere Räume für Migrant*innengemeinschaften zu schaffen, war zum Jahresende noch nicht verabschiedet.



Sexuelle und reproduktive Rechte

Im Februar verabschiedete der Senat den Gesetzentwurf 297, der für Mädchen unter 16 Jahren die schriftliche Zustimmung eines Elternteils oder Erziehungsberechtigten für den Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen vorschreibt. Diese Anforderung galt nicht, wenn die Schwangerschaft das Ergebnis sexueller Gewalt durch den Vater oder Erziehungsberechtigten war.

Im Juni kündigte der Justizminister an, dass Maßnahmen ergriffen würden, um Kliniken oder Personen strafrechtlich zu verfolgen, die Schwangerschaftsabbrüche über die gesetzlich zulässigen Grenzen hinaus durchführen.

Im August unterzeichnete der Gouverneur von Puerto Rico den Senatsentwurf 2 und setzte ihn damit in Kraft; dieser ermöglicht es Eltern und Erziehungsberechtigten von Schüler*innen im öffentlichen Bildungssystem, Einwände gegen Lehrplaninhalte im Bereich der Sexual- und Gefühlserziehung zu erheben.

Im Dezember unterzeichnete der Gouverneur zudem den Senatsentwurf 504 und setzte ihn damit in Kraft; dieser erkannte den rechtlichen Status eines „ungeborenen Kindes“ an, trotz Warnungen einer Gruppe von Ärzt*innen und anderen Gesundheitsfachkräften, dass der Entwurf Risiken für das Leben schwangerer Menschen berge und deren Selbstbestimmung verletze.

Rechte von LGBTI+

Im April unterzeichnete die Regierung das Gesetz über das Grundrecht auf Religionsfreiheit, das von Menschenrechtsverteidiger*innen als Mittel angesehen wird, unter dem Deckmantel der Religionsfreiheit Diskriminierung, insbesondere gegen lesbische, schwule, bisexuelle, trans und intergeschlechtliche (LGBTI+) Menschen, zu ermöglichen.

Im Mai ordnete das Bundesbezirksgericht von Puerto Rico an, dass das Bevölkerungsregister das Kennzeichen „X“ als dritte Option für die Geschlechtsidentität in Geburtsurkunden aufnehmen muss. Im Juni gab das US-Berufungsgericht des Ersten Bezirks zunächst dem Antrag der Regierung statt, diese Anordnung auszusetzen.

Im Juli unterzeichnete die Regierung das Gesetz 63-2025, das Geschlechtsidentität bejahende medizinische Versorgung für Personen unter 21 Jahren verbietet.

Im Oktober verabschiedete das Repräsentantenhaus den Gesetzentwurf 165 zum Verbot geschlechterneutraler Toiletten in staatlichen Einrichtungen und argumentierte dabei ohne Beweise, dies würde sexuelle Gewalt gegen Frauen verhindern.

Bis zum Jahresende standen vier im Repräsentantenhaus zur Beratung stehende Gesetzentwürfe noch zur Verabschiedung an, die darauf abzielten, die Rechte von lesbischen, schwulen, bisexuellen, trans und intergeschlechtlichen (LGBTI+) Menschen weiter einzuschränken. .



Rechte von Frauen und Mädchen

Laut dem Observatorium für Geschlechtergleichstellung wurden im Laufe des Jahres 63 Femizide oder mutmaßliche Femizide gemeldet. Im Oktober erklärte das Berufungsgericht von Puerto Rico einen Artikel des Strafgesetzbuchs, der sich auf diese Art von Tötungsdelikten bezog, für verfassungswidrig, mit der Begründung, dass er gegen den Grundsatz eines ordnungsgemäßen Verfahrens und die Unschuldsvermutung verstoße.

Nach Angaben von Menschenrechtsorganisationen waren Migrant*innen aufgrund der neuen Einwanderungspolitik stärker häuslicher Gewalt, Ausbeutung und Missbrauch ausgesetzt, da sie befürchteten, nach einer Anzeige abgeschoben zu werden. Die ICE weigerte sich, nach Geschlecht aufgeschlüsselte Daten zu Inhaftierten zu veröffentlichen, obwohl es sich dabei um öffentliche Informationen handelte.

Unrechtmäßige Gewaltanwendung

Nach Angaben der Organisation *Kilómetro 0* starben in Puerto Rico mindestens 13 Menschen durch Polizeigewalt, wobei vier Fälle mit psychischen Problemen und emotionalen Krisen in Zusammenhang standen. Um festzustellen, ob übermäßige Gewalt angewendet worden war, ordnete der Polizeikommissar im März eine Verwaltungsuntersuchung an, nachdem bei der Festnahme einer Frau ein Elektroschocker zum Einsatz gekommen war.

Recht auf Information

Das Gesetz 114-2025 zur Änderung des Gesetzes über das Bevölkerungsregister wurde im September verabschiedet. Es schränkte den Zugang zu öffentlichen Informationen, einschließlich Geburts-, Heirats- und Sterbeurkunden, ein und schuf weitere Hindernisse für das Recht auf Zugang zu Informationen, insbesondere für die Wissenschaft. Menschenrechtsorganisationen warnten, dass das Gesetz es erschwere, die für Forschung und die Entwicklung öffentlicher Politik erforderlichen Informationen zu erhalten.

Im Dezember unterzeichnete der Gouverneur den Gesetzentwurf 63, der das Gesetz über Transparenz und beschleunigte Verfahren für den Zugang zu öffentlichen Informationen ändert und die Antwortfristen von Regierungsbehörden erheblich verlängert, was sich auf die Rechenschaftspflicht für Regierungsmaßnahmen und -entscheidungen auswirkt.